

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend  
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther  
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen  
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 3. Juni 2010

## Luftfahrtbranche trifft sich

In der kommenden Woche öffnet in Berlin die Internationale Luftfahrtausstellung (ILA) ihre Pforten – gleichzeitig wird sie 100 Jahre alt. Zwar hat die Konkurrenz im französischen Le Bourget und englischen Farnborough der ILA inzwischen nach schierer Größe den Rang abgelaufen, doch die Messe in Schönefeld gehört mit voraussichtlich einer viertel Million Besuchern weiter zu den festen Terminen der Luft- und Raumfahrtbranche. Rund 1.150 Firmen werden teilnehmen, was zum dritten Mal in Folge einen Ausstellerrekord bedeutet. Besonders stark vertreten sind

die Zulieferer mit Unternehmen aus etwa 40 Ländern. Allerdings stehen die Fluggesellschaften vor einer Herkulesaufgabe: Sie müssen nach einem rabenschwarzen Jahr 2009 weiter in umweltfreundliche Flieger investieren. Weltweit wurden Verluste von 6,8 Milliarden Euro eingeflogen; nur die Billigflieger kamen recht gut durch die Krise. Im laufenden Jahr macht der isländische Vulkan den europäischen Airlines das Leben schwer: Bisher dürften die durch Eyjafjallajökull bedingten Flugausfälle die Unternehmen 1,5 Milliarden Euro gekostet haben.

## In dieser Woche

**Südafrika:** Die Fußball-WM beschert dem Land mehr Touristen und ein besseres Image im Ausland. Allerdings hat Südafrika dafür auch kräftig investiert und rund 2,8 Milliarden Euro für den Nahverkehr, Stadien sowie sonstige Annehmlichkeiten für Fans und Sportler ausgegeben. Seite 2

**Der Arbeitsmarkt:** Fast die Hälfte der Arbeitnehmer über 55 Jahre kann sich vorstellen, auch im Rentenalter erwerbstätig zu sein. Doch offenbar setzen nur wenige ihre Absicht in die Tat um. Denn nur jeder zehnte Rentner geht einer Beschäftigung nach. Seite 3

**Duale Berufsausbildung:** Weil sich in Deutschland, Österreich und der Schweiz verhältnismäßig viele Jugendliche nach der Schule für eine Ausbildung entscheiden, ist die Jugendarbeitslosigkeit geringer als in zahlreichen anderen Industrieländern. Die hohe Güte der beruflichen Bildung sollte auch im künftigen Europäischen Qualifikationsrahmen berücksichtigt werden. Seite 4-5

**Gesundheitssystem:** Fehlanreize im System und der medizinisch-technische Fortschritt sind die größten Kostentreiber der gesetzlichen Krankenversicherung. Dass die Versichertengemeinschaft immer älter wird, spielt beim drastischen Anstieg der Gesundheitsausgaben dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Seite 6-7

**Arbeitskosten:** Die Arbeitskosten je Vollzeitbeschäftigten sind im Jahr 2009 im Produzierenden Gewerbe erstmals gesunken. Denn durch Kurzarbeit, Überstundenabbau und ähnliche Maßnahmen verringerte sich die Arbeitszeit je Beschäftigten um mehr als 6 Prozent. Seite 8

### Airlines: Billig fliegt besser durch die Krise

Geschäftsergebnis 2009 in Millionen Euro



Auswahl der größten Airlines in Europa; AirFrance-KLM, British Airways, Easyjet: Geschäftsjahr; Ryanair: April bis Dezember 2009; Quelle: Angaben der Unternehmen

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## Südafrika

## Fußball schiebt Investitionen an

**Eine bessere regionale Infrastruktur, mehr Touristen, internationale Imagepflege – für Südafrika zahlt sich die Fußball-WM aus. Allerdings hat der Gastgeber auch kräftig investiert: Für Nahverkehr, Stadien und sonstige Annehmlichkeiten für Fans und Sportler hat das Land umgerechnet 2,8 Milliarden Euro ausgegeben.**

Seit gut sechs Jahren steht fest, dass die Fußball-WM 2010 in Südafrika stattfindet. In dieser Zeit musste am Kap allerdings noch einiges getan werden, um solch ein Großereignis ausrichten zu können. Die investierten 2,8 Milliarden Euro entsprechen immerhin 1,3 Prozent des südafrikanischen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Deutschland hatte als Gastgeber der Fußball-WM 2006 nur knapp 0,3 Prozent seines BIP ausgeben müssen – auch, weil die Bundesrepublik bereits über zahlreiche gute Stadien verfügte. In Südafrika sah vieles anders aus:

**Verkehrsinfrastruktur:** Gab es bis vor ein paar Jahren kaum gute öffentliche Nahverkehrsverbindungen in Südafrika, haben Städte wie Johannesburg inzwischen ein modernes Busnetz erhalten. Pünktlich zur WM wird zudem ein neuer Schnellzug die Hauptstadt Pretoria mit Johannesburg verbinden und auch den dortigen Flughafen anfahren. In Durban wurde gar ein neuer Airport gebaut. Die Gesamtkosten für all diese Projekte be-

laufen sich auf mehr als 1,5 Milliarden Euro (Grafik). Des Weiteren hat Südafrika 130 Millionen Euro in Sicherheitsmaßnahmen gesteckt – die Hälfte davon sind Personalkosten für rund 40.000 zusätzliche Polizisten.

**WM-Stadien:** Fünf der zehn Fußballstadien wurden komplett neu gebaut. Prunkstück der WM ist das Soccer City Stadium in den South Western Townships (Soweto) vor den Toren Johannesburgs. Das Stadion wurde für rund 200 Millionen Euro zum größten Fußballstadion Afrikas umgebaut und bietet 94.700 Fans Platz. Hier werden unter anderem das Eröffnungs- und das Endspiel der Weltmeisterschaft ausgetragen.

Die Unkenrufe haben sich also nicht bestätigt: Sämtliche Bauvorhaben mit einem Gesamtvolumen von umgerechnet knapp 1 Milliarde Euro sind rechtzeitig fertig geworden.

**Tourismus:** Die lokale Tourismusinfrastruktur bedurfte keiner nennenswerten Aufbesserung. Südafrika ist schon lange ein beliebtes Reiseland und hat ausreichende Hotel- und Bettenkapazitäten.

**Der Anteil des Tourismus am Bruttoinlandsprodukt Südafrikas liegt bei rund 8 Prozent und damit auf dem gleichen Niveau wie in Deutschland.**

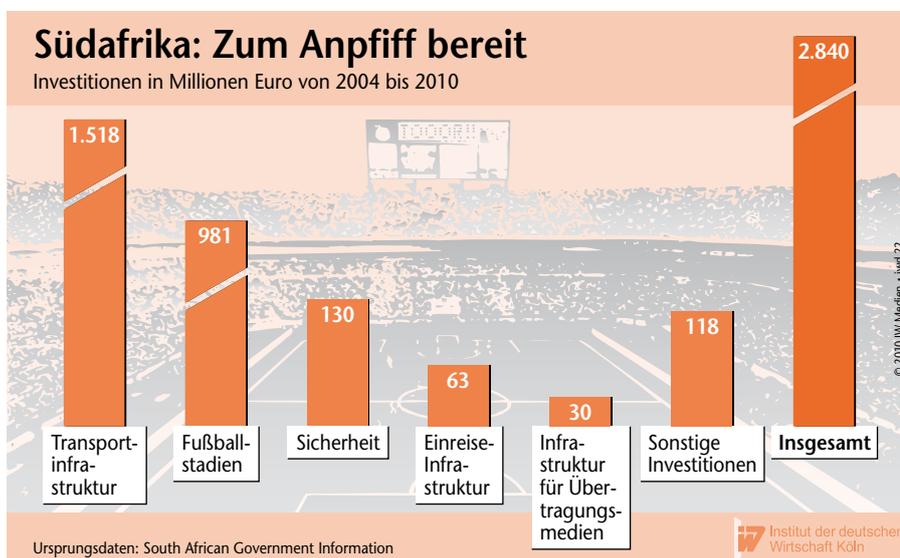
Gleichwohl sorgen die Fußballpilger für Wachstumsimpulse. Das südafrikanische Ministerium für Tourismus erwar-

tet rund drei Millionen WM-Besucher, darunter etwa eine halbe Million aus dem Ausland. Viele dieser Fans dürften angesichts der langen Anreise ihren Fußball-Trip mit einem Urlaub kombinieren – und so durchschnittlich über zwei Wochen im Land bleiben. Ausländische und inländische WM-Touristen zusammen könnten rund 900 Millionen Euro zusätzlich in die Kassen des südafrikanischen Gastgewerbes spülen.

**Übertragungs- und Vermarktungsrechte:** Als Veranstalter der Fußballweltmeisterschaft in Südafrika hat die FIFA – der Weltfußballverband – durch die Vermarktung von Übertragungs- und Vermarktungsrechten insgesamt 2,6 Milliarden Euro eingenommen – 30 Prozent mehr als bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland. Dabei haben 204 Länder Fernseh-, Radio- oder Internetübertragungsrechte von der FIFA erworben. Allein der Verkauf der TV-Rechte – die Haupteinnahmequelle bei sportlichen Großveranstaltungen – hat der FIFA 1,5 Milliarden Euro gebracht.

Angesichts dieser Summen nehmen sich die 7,5 Millionen Euro, mit denen die FIFA dem südafrikanischen Fußballverband unter die Arme griff, geradezu bescheiden aus. Die Verwendung hat in der südafrikanischen Bevölkerung gleichwohl zu scharfen Kontroversen geführt. Anstatt sie etwa in die Förderung von jungen Fußballtalenten zu investieren und einen einheimischen Trainer auszuwählen, hat sich der südafrikanische Fußballverband vielmehr die Dienste des brasilianischen Weltmeistertrainers Carlos Alberto Parreira gesichert. Dessen Jahresgrundgehalt von 1,2 Millionen Euro ist mehr als 500-mal so hoch wie das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Südafrika.

Weil in der Vorbereitung zur WM sportliche Erfolge weitgehend ausblieben, musste der südafrikanische Fußballverband zumindest keine nennenswerten Erfolgsprämien bezahlen. Die fußballbegeisterten Fans am Kap hätten jedoch sicherlich nichts dagegen, wenn sich das bei der WM ändern würde.



## Erwerbstätige Rentner: Geld für Sonderwünsche

Fast die Hälfte der Arbeitnehmer über 55 Jahre kann sich vorstellen, auch im Rentenalter noch erwerbstätig zu sein. Dies ergab eine Umfrage des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Doch offenbar setzen nur wenige ihre Absicht in die Tat um, denn lediglich jeder zehnte Rentner geht einer Beschäftigung nach.

Rente beziehen und sich etwas dazu verdienen – dieses Modell ist nach wie vor die große Ausnahme: Nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels sind nur rund 5,8 Prozent der Rentner oder Pensionäre regelmäßig erwerbstätig. Dabei handelt es sich in der Regel um eine selbstständige Tätigkeit oder um einen Minijob – wie das Austragen von Zeitungen.

Der Arbeitseinsatz lohnt sich durchaus: Selbstständige Rentenempfänger erwirtschaften im Mittel 1.030 Euro brutto monatlich, geringfügig Beschäftigte immerhin 380 Euro.

Weitere 3,8 Prozent der Rentenbezieher bezeichnen sich selbst als nicht erwerbstätig, helfen aber hier und da aus, wenn Not am Mann ist. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der „Nebenerwerbstätigen“ beträgt dementsprechend nur 4,6 Stunden, der mittlere Bruttomonatsverdienst liegt bei 200 Euro.

Darüber hinaus gibt es auch Rentner, die einen Vollzeit- oder Teilzeitjob haben – allerdings ist ihre Zahl kaum messbar.

In den meisten Fällen dient das Erwerbseinkommen dazu, sich mal etwas Besonderes zu gönnen. Die These, dass der Zusatzverdienst gebraucht wird, um wegen der geringen Rente nicht am Hungertuch zu nagen, ist dagegen empirisch nicht belegt.

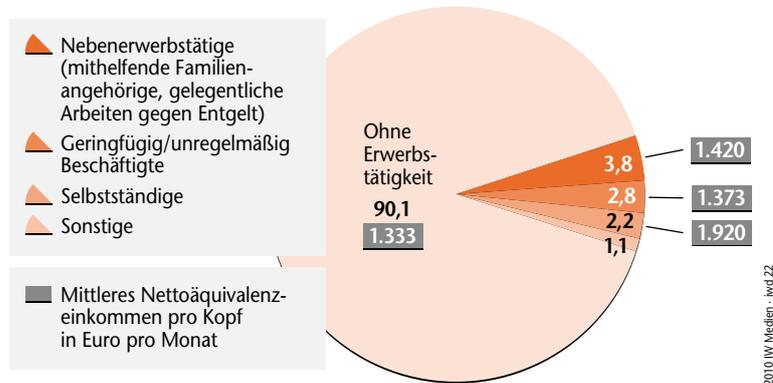
Über das höchste Haushaltsnettoeinkommen verfügen – wie nicht anders zu erwarten – Selbstständige, die trotz ihres fortgeschrittenen Alters weiter aktiv sind. Rente und Zusatzeinkommen addieren sich im Schnitt pro Kopf auf annähernd 2.000 Euro. Ruheständler, die im Alter keiner Arbeit nachgehen, haben ein Drittel weniger in der Tasche.



## Der Arbeitsmarkt

### Rente: Nur wenige arbeiten weiter

Rentenempfänger im Jahr 2008 in Prozent aller Rentenempfänger

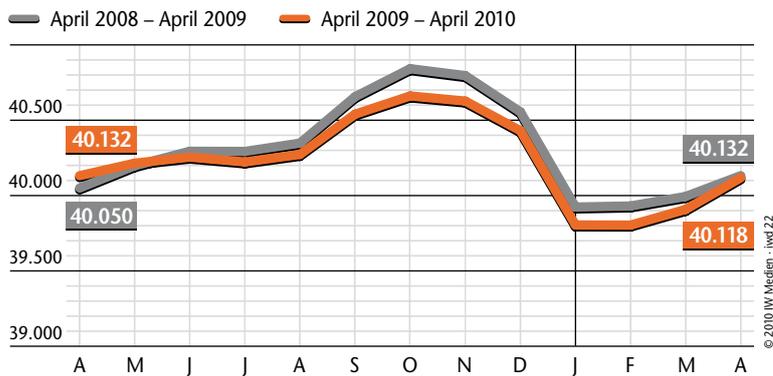


Nettoäquivalenzeinkommen: mit der Haushaltsgröße gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen  
 Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

### Beschäftigung

Erwerbstätige in Deutschland in 1.000

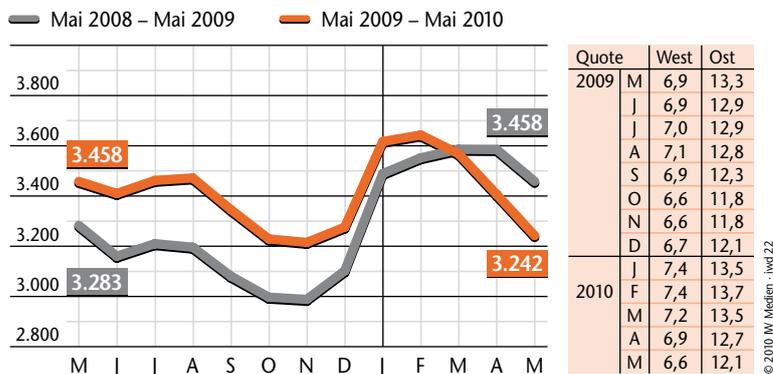


Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

### Arbeitslosigkeit

Arbeitslose in Deutschland in 1.000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

## Duale Berufsausbildung

## Ein System mit vielen Möglichkeiten

Die duale Berufsausbildung ist ein Erfolgsmodell in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Weil sich in allen drei Ländern verhältnismäßig viele Jugendliche nach der Schule für eine Ausbildung entscheiden, ist die Jugendarbeitslosigkeit geringer als in zahlreichen anderen Industrieländern. Die hohe Güte der beruflichen Bildung sollte sich auch im Europäischen Qualifikationsrahmen widerspiegeln, der derzeit erarbeitet wird.

Von A wie Automobilkaufmann bis Z wie Zimmermann: Die Jugend in den D-A-CH-Ländern Deutschland, Österreich und der Schweiz profitiert vom breiten Spektrum der Ausbildungsberufe. Das lässt sich unter anderem daran ablesen, dass der Anteil an beruflich qualifizierten in den D-A-CH-Staaten deutlich höher ist als im internationalen Vergleich: Während im OECD-Durchschnitt 44 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter einen Ausbildungsabschluss vorweisen können, sind es im Dreiländermittel 59 Prozent.

Die dualen Berufsbildungssysteme tragen im Wesentlichen aufgrund dreier Vorteile zum wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands, Österreichs und der Schweiz bei:

1. Länder, die ihren Nachwuchs in der Kombination von Betrieb und Berufsschule ausbilden, haben traditionell weniger Probleme, ihre Jugendlichen in Beschäftigung zu bringen (Grafik):

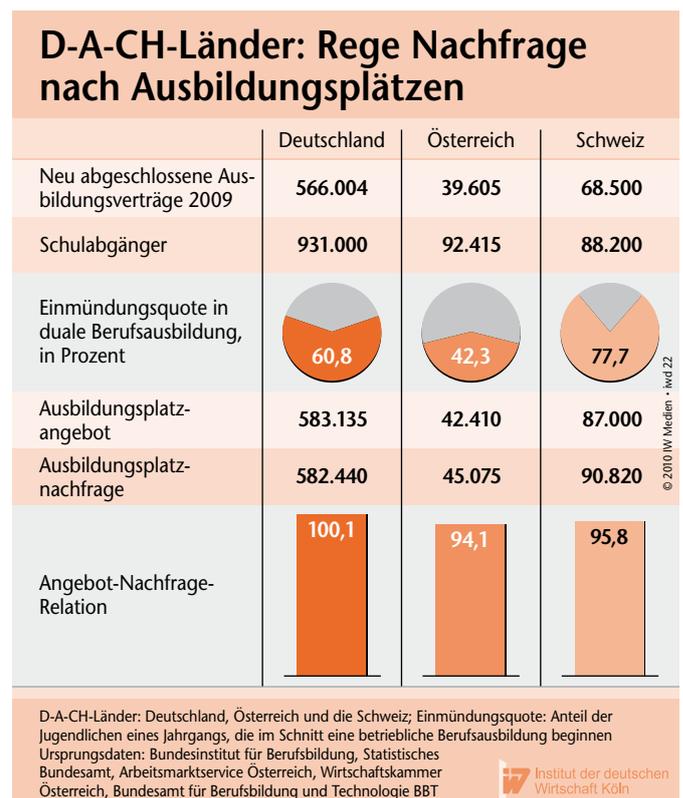
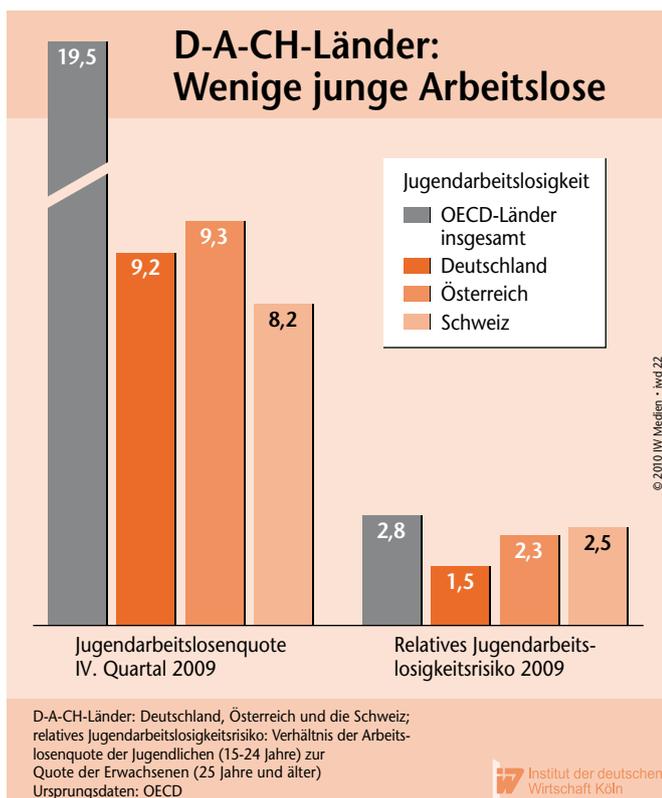
**Die Jugendarbeitslosigkeit in den D-A-CH-Ländern ist deutlich geringer als in vielen anderen Staaten. So waren im vierten Quartal 2009 knapp 9 Prozent der unter 25-Jährigen in Deutschland, Österreich und der Schweiz ohne Job – im OECD-Länderdurchschnitt betrug die Quote fast 20 Prozent.**

Auch das relative Arbeitslosigkeitsrisiko der jungen Männer und Frauen ist in Ländern, die duale Ausbildungen praktizieren, wesentlich niedriger als anderswo. In Deutschland etwa ist die Arbeitslosenquote der Jugendlichen nur

etwa um die Hälfte größer als die der Erwachsenen, in den OECD-Ländern insgesamt ist die Jugendarbeitslosigkeit dagegen fast dreimal so hoch.

Selbst in Krisenzeiten sind junge Menschen, die in Ländern mit dualen Berufsbildungssystemen leben, relativ gut vor Erwerbslosigkeit geschützt: Seit Ende 2007 ist die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich und der Schweiz schwächer gestiegen als im OECD-Durchschnitt, in Deutschland ist sie sogar gesunken. Im vierten Quartal 2009 betrug die Quote 9,2 Prozent, zwei Jahre zuvor waren es noch 10 Prozent. Damit ist die Bundesrepublik das einzige OECD-Land, das seine Jugendarbeitslosigkeit in der Wirtschaftskrise verringern konnte.

2. Länder mit einem Berufsbildungssystem bieten ihren Bürgern vielfältigere Chancen, sich zu qualifizieren. So ist die breite Fachkräftebasis in den D-A-CH-Ländern zu einem guten Teil auf die duale Berufsausbildung zurückzuführen. Außerdem ist mit dem Erwerb des Ausbildungszeugnisses noch lange nicht Schluss. Es gibt zahlreiche Angebote der



beruflichen Fort- und Weiterbildung, die vielen Absolventen den Weg in die Führungsetagen ebnet:

**In Deutschland beispielsweise sind mehr Weiterbildungsabsolventen in leitenden Funktionen tätig als Fachhochschulabgänger.**

Unter diesem Aspekt ist die jüngst von der EU-Kommission geäußerte pauschale Forderung nach mehr Studenten allein nicht zielführend. Gleiches gilt für den OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“, der einen Mangel an Hochqualifizierten in Ländern mit einem dualen

Ausbildungssystem konstatiert und damit vorrangig eine Akademikerkücke beklagt. Denn solange die steigende Nachfrage nach hochqualifiziertem Personal in den D-A-CH-Ländern zu einem Teil mit dem Fachkräftenachwuchs aus der beruflichen Bildung befriedigt werden kann, greifen diese Forderungen zu kurz.

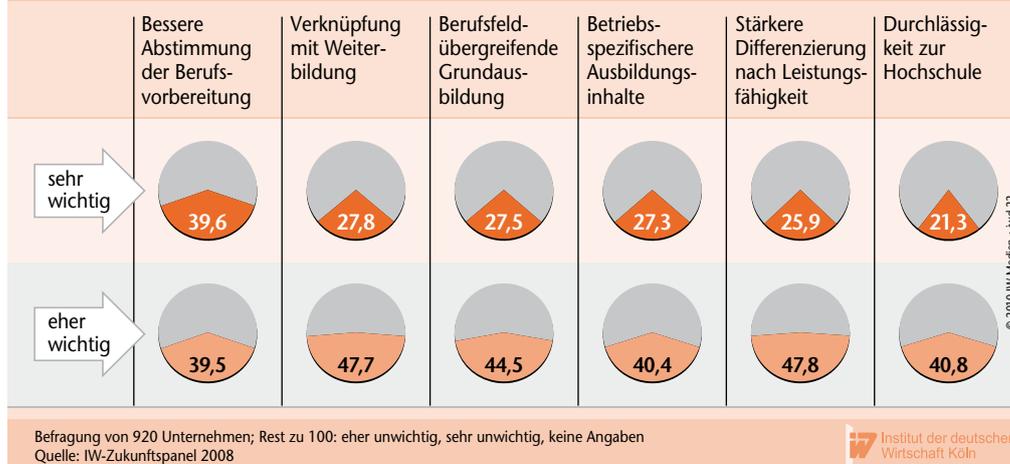
3. Länder, die in berufliche Bildung investieren, können ihren Fachkräftemangel verringern. Bereits jetzt fehlen nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in der Bundesrepublik mehr als 50.000 Akademiker, Meister und Techniker. Diese Lücke dürfte angesichts des demografischen Wandels in den kommenden Jahren noch deutlich größer werden – vor allem bei den MINT-Qualifikationen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) hapert es an Nachwuchs. Doch im Vergleich zu anderen Nationen können die drei deutschsprachigen Länder aus einem größeren Fundus schöpfen. Denn sie haben aufgrund der vielen Ausbildungsabsolventen eine breitere Basis für Nach- und Höherqualifizierungen von Fachkräften als viele andere Staaten (Grafik Seite 4):

**Allein im vergangenen Jahr schlossen in den drei Ländern insgesamt gut 670.000 Jugendliche einen Ausbildungsvertrag ab, das waren rund 6 von 10 Schulabsolventen eines Jahrgangs.**

Um den Fachkräftemangel jedoch wirklich zu beheben, müssten deutlich mehr junge Leute mit beruflichem Ab-

## Berufsausbildung in Deutschland: Mehr Flexibilität nötig

So viel Prozent der Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie halten folgende Reformen bei der dualen Berufsausbildung für ...



schluss eine Weiterbildung oder ein berufsbegleitendes Studium anstreben als bisher. Damit dies gelingt, gilt es die Bildungssysteme sowohl national als auch international noch wesentlich durchlässiger zu machen, als sie es derzeit sind:

**Auf nationaler Ebene** muss es in allen drei D-A-CH-Ländern für beruflich qualifizierte leichter werden, einen akademischen Abschluss draufzusatteln. In Deutschland haben neuerdings Berufspraktiker ohne Abitur die Möglichkeit, ein Hochschulstudium aufzunehmen; in der Schweiz gibt es mittels der Berufsmatura die Hochschulzugangsberechtigung und in Österreich setzt man auf den Ausbau der höheren beruflichen Schulen.

Alle drei Maßnahmen sind ein Schritt in die richtige Richtung, doch damit Ausbildungsabsolventen auch tatsächlich vermehrt Studienerfolge erringen, sind weitere Hilfen nötig. So wäre es beispielsweise sinnvoll, die Anerkennung von beruflich erworbenen Fähigkeiten im Rahmen eines Studiums auszuweiten. Auch der Ausbau von berufsbegleitenden MINT-Studiengängen ist ein Muss.

**Auf europäischer Ebene** geht es darum, der dualen Ausbildung einen angemessenen Stellenwert zu verschaffen. Die Berufsausbildung in den D-A-CH-Ländern vermittelt den Absolventen zum Teil ein solches Qualitäts- und Kompetenzniveau, wie es in anderen Ländern nur an Hochschulen erworben werden kann. Dies sollte sich auch im Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) wi-

derspiegeln, der alle Arten allgemeiner und beruflicher Bildung und Qualifikationen auf einen gemeinsamen europäischen Nenner mit insgesamt acht Referenzniveaus bringt. Auf diese Weise sollen die Qualifikationen unterschiedlicher Bildungssysteme miteinander vergleichbar werden – und beispielsweise die grenzüberschreitende Mobilität der Arbeitnehmer erleichtern.

Experten befürchten allerdings, dass sich die Qualität der dualen Berufsausbildung im EQR nicht angemessen niederschlagen könnte, weil etwa berufliche Abschlüsse zu niedrig eingestuft werden. Damit hätten die Absolventen z. B. künftig Schwierigkeiten, ihre Qualifikation im Ausland entsprechend einzusetzen.

Die erfolgreichen Azubis sind die eine Seite der Medaille, die andere lautet: mangelnde Ausbildungsreife. Vor allem in Deutschland werden viele Schulabgänger den gestiegenen Anforderungen an Auszubildende schlicht nicht gerecht.

Neben einer besseren frühkindlichen Förderung und Schulbildung sollte deshalb auch die Berufsvorbereitung mit deutlich mehr Praxisanteilen versehen werden. Die Unternehmen wünschen sich insgesamt eine flexiblere und attraktivere Berufsbildung, wie eine Umfrage in der Metall- und Elektro-Industrie ergab (Grafik). Mehr als 90 Prozent würden beispielsweise die Einführung von Modulen begrüßen, weil man mithilfe solcher Bausteine individueller auf den jeweiligen Leistungsstand der Auszubildenden eingehen kann.

## Gehälter online vergleichen



Wie hoch der Unterschied zwischen den Entgelten für männliche und weibliche Beschäftigte wirklich ist, wenn man unterschiedliche Qualifikationen etc. berücksichtigt, können Unternehmen mit dem PC-Analyseprogramm „Lohnungleichheit im Betrieb – Deutschland“ (Logib-D) herausfinden. Nun bietet das Bundesfamilienministerium auch ein entsprechendes Online-Tool an.

Arbeitgeber und Personalverantwortliche können auf das neue Angebot über die benutzerfreundliche Internetseite [www.logib-d.de](http://www.logib-d.de) zugreifen. Nach Eingabe der Daten erstellt das Online-Programm einen umfangreichen Ergebnisbericht im PDF-Format.

Der Wechsel zum Internetformat ist einfach: Die bereits im Erfassungsbogen des Excel-Tools erstellten Daten können ohne zusätzlichen Aufwand auch mithilfe des Web-Tools ausgewertet werden. Da dieses zudem direkt in eine Webseite integriert ist, brauchen die Anwender keine zusätzliche Software.

Weitere Informationen gibt es unter [www.logib-d.de](http://www.logib-d.de) sowie bei:  
Dr. Thilo Schaefer  
Telefon: 0221 4981-791  
Dr. Jörg Schmidt  
Telefon: 030 27877-133

## Sozialkonzept für die Spielbranche



Über Glücks- und Unterhaltungsspiele wird öffentlich immer wieder kontrovers diskutiert. Die Hersteller und Betreiber der Spielautomaten haben nun ein Sozialkonzept vorgelegt, mit dem sie sich zu ihrer sozialen Verantwortung bekennen und die Diskussion über Glücks- und Gewinnspiele versachlichen wollen. Das von einem unabhängigen Beirat erarbeitete Konzept spricht auch kritische Aspekte des Spielverhaltens an und unterbreitet Lösungsvorschläge.

Bereits jetzt erproben einige Automatenaufsteller Beratungsangebote, um exzessiven Spielern unkompliziert und vor Ort zu helfen sowie bei Bedarf weitere qualifizierte Unterstützung gewähren zu können.

Weitere Informationen gibt es beim Verband der Deutschen Automatenindustrie e.V. (VDAl)  
Dircksenstraße 49, 10178 Berlin  
Telefon: 030 284070, Fax: 030 28407272  
E-Mail: [vdai@vdai.de](mailto:vdai@vdai.de)

## Gesundheitssystem

# Es krankt an den Ausgaben

**Fehlanreize im System und der medizinisch-technische Fortschritt sind die größten Kostentreiber der gesetzlichen Krankenversicherung. Dass die Versichertengemeinschaft immer älter wird, spielt beim drastischen Anstieg der Gesundheitsausgaben dagegen nur eine untergeordnete Rolle.\*)**

Weil die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung – kurz GKV – seit Jahren stark ansteigen, erhöhen sich die Versicherungsbeiträge und damit die Lohnzusatzkosten. Insgesamt sind heute bis zur Beitragsbemessungsgrenze von 3.750 Euro 14,9 Prozent des monatlichen Bruttoentgelts für die Krankenversicherung fällig – wovon Arbeitgeber 7 Prozent und Arbeitnehmer 7,9 Prozent zahlen. Im Jahr 1992 waren es erst 12,3 Prozent. Der aktuelle Beitragssatz ist außerdem nur die halbe Wahrheit: Würde der Bundeszuschuss für das Gesundheitssystem – derzeit beläuft er sich auf 15,7 Milliarden Euro im Jahr – ebenfalls über Beiträge finanziert, läge der Satz bei 16,5 Prozent.

Es gibt zwei Erklärungen für die Finanzsituation der gesetzlichen Krankenversicherung: Die erste sieht das Problem vorrangig im Ausgabenwachstum, die zweite schiebt die Geldnot auf die Erosion der beitragspflichtigen Einkommen. Welche Erklärung tragfähig ist, zeigt ein Blick in die Statistik (Grafik):

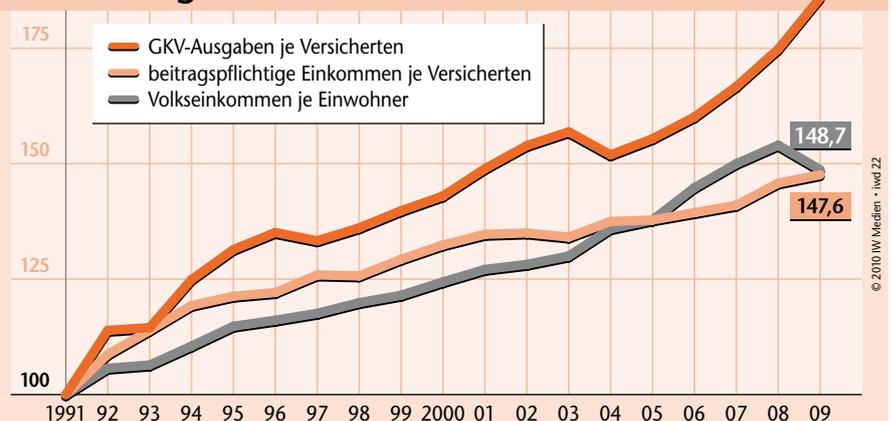
**Seit 1991 sind die Ausgaben der GKV je Versicherten um 86 Prozent gestiegen, die beitragspflichtigen Einkommen dagegen nur um 48 Prozent.**

Die Ausgaben der gesetzlichen Kassen wuchsen also pro Kopf und Jahr um durchschnittlich 1,3 Prozentpunkte stärker als die beitragspflichtigen Bruttoentgelte und Renten. Das konnten auch zahlreiche Einschnitte in den GKV-Leistungskatalog und diverse Maßnahmen zur Kostendämpfung nicht verhindern.

Die Tatsache, dass die Gesundheitsausgaben überproportional steigen, lässt allerdings noch lange nicht den Schluss zu, dass der gesetzlichen Krankenversicherung die Finanzierungsgrundlage wegbriecht. Um diese Frage zu beantworten, muss die Einkommensentwicklung betrachtet werden. Blicke das Pro-Kopf-Wachstum der für die GKV beitragspflichtigen Einkommen auf Dauer hinter dem des Volkseinkommens zurück, stün-

\*) Vgl. Jochen Pimpertz: Ausgabentreiber in der gesetzlichen Krankenversicherung, gefördert von der informedia-Stiftung – Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik Köln, in: IW-Trends 2/2010

## Gesetzliche Krankenversicherung: Steile Ausgabenkurve



GKV: gesetzliche Krankenversicherung; Versicherte: Beitragszahler und deren beitragsfrei versicherte Familienangehörige; Volkseinkommen: Summe aller von Inländern im Laufe eines Jahres aus dem In- und Ausland bezogenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen; Ursprungsdaten: Bundesministerium für Gesundheit, Sachverständigenrat Wirtschaft, Statistisches Bundesamt

de das Finanzierungskonzept der Krankenversicherung auf tönernen Füßen.

Dem ist aber nicht so: Zwischen 1991 und 2009 sind die beitragspflichtigen Einkommen und das Volkseinkommen beinahe gleich stark gewachsen. Also sind weniger die beitragspflichtigen Einkommen schuld an der Finanznot der GKV, sondern die Ausgaben. Und Letztere steigen weiter. Die größten künftigen Kostentreiber im Einzelnen:

- **Demografie.** Die im Umlageverfahren organisierte Krankenversicherung ist in besonderem Maße davon betroffen, wenn die Bevölkerung altert. Denn das Gesundheitsrisiko steigt mit den Lebensjahren an. Deshalb gilt: Je mehr Menschen zu den älteren Jahrgängen mit hohen Behandlungskosten gehören und je weniger junge Menschen mit niedrigeren Gesundheitsrisiken ins System einzahlen, desto höher werden die Finanzierungslasten der GKV pro Kopf.

Mithilfe der Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamts lässt sich dieser Ausgabentreiber quantifizieren:

**Bis zum Jahr 2060 werden die durchschnittlichen GKV-Ausgaben aufgrund der Alterung der Versicherungsgemeinschaft in realer Rechnung um 25 bis 27 Prozent steigen.**

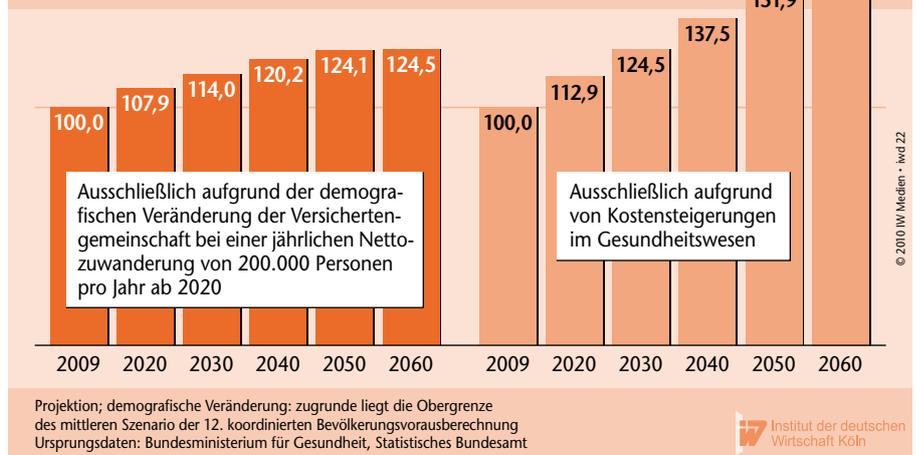
Wie hoch genau der Anstieg ausfallen wird, hängt letztlich von der Nettozuwanderung nach Deutschland ab: Wandern ab dem Jahr 2020 jährlich 200.000 Personen ein, werden sich die GKV-Kosten durch die Demografie um rund 25 Prozent erhöhen (Grafik). Kommen ab dem Jahr 2014 hingegen nur rund 100.000 Menschen pro Jahr nach Deutschland, expandieren die Ausgaben um gut 2 Prozentpunkte stärker.

- **Lebenserwartung.** Der Faktor Demografie berücksichtigt noch nicht, inwieweit eine höhere Lebenserwartung das individuelle Ausgabenrisiko beeinflusst. Einige Experten gehen davon aus, dass Menschen die „gewonnenen“ Lebensjahre weitgehend gesund verbringen. Eine längere Lebenserwartung würde deshalb nicht zu höheren GKV-Ausgaben führen.

Andere Fachleute sehen das anders und betonen, die Lebenserwartung steige nicht zuletzt deshalb, weil einst tödliche Krankheiten heute erfolgreich behandelt

## Gesetzliche Krankenversicherung: Demografie ist das kleinere Problem

Reale Pro-Kopf-Ausgaben, 2009=100



werden. Das, so argumentieren sie, kommt die GKV teuer zu stehen: Zum einen genesen die Patienten nicht immer vollständig und es sind aufwendige Folgetherapien nötig. Zum anderen werden diese Menschen anfälliger für andere Krankheiten und müssen dann erneut oder zusätzlich behandelt werden.

- **Medizinisch-technischer Fortschritt.** Eine besondere Rolle schreiben Gesundheitsexperten dem medizinisch-technischen Fortschritt zu, wenn es um die ständig steigenden Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung geht. Allerdings ist es nur schwer nachzuvollziehen, weshalb Innovationen ausgerechnet das Gesundheitssystem verteuern sollen. Schließlich führt der technische Fortschritt in anderen Bereichen wie der Unterhaltungselektronik zu sinkenden Kosten bei gleichem Nutzen oder zu höherem Nutzen bei gleichen Kosten.

- **Fehlanreize.** Das Zusammenspiel von mangelnder Kostenverantwortung der Versicherten und fehlendem Preiswettbewerb zwischen den Kassen sowie Leistungserbringern ist ausschlaggebend für steigende GKV-Ausgaben. Dabei steht die lohnsteuerähnliche Wirkung der Beitragsfinanzierung am Anfang der Wirkungskette: Zwar sinkt der individuelle Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung mit dem Einkommen, wenn der Versicherte beispielsweise von Voll- auf Teilzeitarbeit wechselt. Eine kostenbewusste Nachfrage bringt dem Versicherten allerdings fast nichts. Die Folge: Die Krankenkassen verspüren wenig Druck,

im Wettbewerb effiziente und auf individuelle Wünsche zugeschnittene Versorgungslösungen zu entwickeln. Am Ende freut dies auch die Leistungserbringer, weil der Konkurrenzdruck für sie weniger stark ausfällt.

Fasst man das Zusammenspiel von Fehlanreizen und dem medizinisch-technischen Fortschritt in einem Ausgabenfaktor zusammen, dann gehen die meisten Studien von einer jährlichen Kostensteigerung von 1 Prozent für die GKV aus.

**Bereits ohne den Einfluss der Bevölkerungsalterung werden die Pro-Kopf-Ausgaben der GKV allein aufgrund der Fehlsteuerungen im System bis zum Jahr 2060 real um 68 Prozent steigen.**

Der Kostenanstieg durch Fehlanreize und den technischen Fortschritt wird also um das 2,5- bis 2,8-Fache höher sein als der Anstieg, den die Bevölkerungsalterung in der gesetzlichen Krankenversicherung verursacht.

Doch es gibt eine Möglichkeit, die Fehlanreize zu beseitigen: eine sozial abgefederte Prämienfinanzierung der GKV. Diese kann für mehr Transparenz und Kostenverantwortung bei den Versicherten sorgen. Dann wären die Kassen und Leistungserbringer gezwungen, im Wettbewerb nach effizienten Versorgungsformen zu suchen und kostengünstigere Versicherungstarife anzubieten. Dies würde zwar das Ausgabenwachstum nicht komplett stoppen können – wohl aber deutlich abbremsen.

## Arbeitskosten

## Weniger Arbeit – weniger Geld

Die Arbeitskosten je Vollzeitbeschäftigten sind 2009 im Produzierenden Gewerbe erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik gesunken. Denn durch Kurzarbeit, Überstundenabbau und ähnliche Maßnahmen verringerte sich die Arbeitszeit je Beschäftigten um mehr als 6 Prozent.\*)

Die Wirtschaftskrise hat auf dem Arbeitsmarkt bisher nur vergleichsweise geringen Schaden angerichtet: Selbst im Produzierenden Gewerbe, dessen Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 um 15 Prozent eingebrochen ist, waren lediglich 2 Prozent weniger Mitarbeiter beschäftigt als 2008.

Dieser Beschäftigungserfolg relativiert sich ein wenig dadurch, dass die Belegschaften deutlich früher nach Hause gehen mussten als in ökonomisch besseren Zeiten – Überstunden wurden abgebaut, Arbeitszeitkonten leergehäumt, und die Kurzarbeit wurde massiv ausgeweitet. Dementsprechend sind die Arbeitskosten je Vollzeitbeschäftigten 2009 im Westen um 2,1 Prozent und im Osten um 0,8 Prozent gesunken.

Die Wirtschaftskrise hat darüber hinaus auch in der Struktur der Arbeitskosten ihre Spuren hinterlassen:

**Westdeutschland.** Im Produzierenden Gewerbe sind die Arbeitskosten je Vollzeitkraft im Jahr 2009 auf das Niveau von 2007 zurückgefallen und

waren mit 54.890 Euro um 1.200 Euro bzw. 2,1 Prozent niedriger als 2008.

Dabei ist das Entgelt für arbeitsfreie Tage sogar gestiegen (Tabelle). Es macht jetzt 10,2 Prozent des Jahresverdienstes aus – 2008 waren es erst 9,8 Prozent. Verantwortlich dafür sind die sogenannten Remanenzkosten der Kurzarbeit. Diese wird zwar vom Staat kräftig bezuschusst, ist aber für Unternehmen keineswegs kostenfrei:

– Die Vergütung für Urlaubs- und Feiertage richtet sich auch weiter am normalen Wochenpensum aus.

– Die Sozialversicherungsbeiträge sind ebenfalls zunächst fast ungeschmälert fällig, wenn gleich der Staat den halben oder – bei Weiterbildungsmaßnahmen oder längerer Dauer der Kurzarbeit – sogar den ganzen Betrag zurückerstattet.

**Auf jeden 100-Euro-Schein für das Jahresentgelt mussten die Arbeitgeber im vergangenen Jahr 18,50 Euro für Sozialversicherungsbeiträge drauflegen. Im Jahr 2008 waren es 10 Cent weniger.**

Direkten Einfluss hat die Wirtschaftskrise auch auf die Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung und die sonstigen Personalzusatzkosten:

– Mehr Insolvenzen haben die Beiträge für den Pensionssicherungsverein in die Höhe schießen lassen.

– Die Aufwendungen für Entlassungsschadensentschädigungen sind wegen häufigerer Jobverluste höher.

Summa summarum stiegen die Personalzusatzkosten in Relation zum Entgelt für geleistete Arbeit – dem sogenannten

### Arbeitskosten: Mehr als nur der reine Lohn

im Produzierenden Gewerbe im Jahr 2009 in Euro  
je 100 Euro Bruttolohn/-gehalt

	Westdeutschland	Ostdeutschland
<b>Direktentgelt</b>	<b>75,70</b>	<b>78,90</b>
<b>Vergütung für arbeitsfreie Tage</b>	<b>17,30</b>	<b>16,90</b>
Urlaub	10,20	10,10
Bezahlte Feiertage etc.	4,10	3,80
Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	3,10	3,10
<b>Sonderzahlungen</b>	<b>6,90</b>	<b>4,20</b>
Weihnachtsgeld, zusätzliches Urlaubsgeld usw.	6,40	3,80
Vermögensbildung	0,60	0,30
<b>Bruttolohn/-gehalt</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>
<b>Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber (einschließlich Unfallversicherung)</b>	<b>18,50</b>	<b>19,90</b>
<b>Betriebliche Altersversorgung</b>	<b>7,60</b>	<b>2,90</b>
<b>Sonstige Personalzusatzkosten (z.B. Ausbildungskosten, Abfindungen)</b>	<b>4,40</b>	<b>4,30</b>
<b>Arbeitskosten insgesamt</b>	<b>130,50</b>	<b>127,10</b>

© 2010 IW Medien · iwd 22

Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten; Westdeutschland einschließlich Berlins; Bruttolohn/-gehalt: einschließlich Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall; Direktentgelt: Entgelt für geleistete Arbeitszeit einschließlich leistungs- und erfolgsabhängiger Sonderzahlungen; betriebliche Altersversorgung: einschließlich Aufstockungsbeiträgen zu Lohn und Gehalt sowie zur Rentenversicherung für Personen in Altersteilzeit und Aufwendungen für sonstige Vorsorgeeinrichtungen  
Urspungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Direktentgelt – von 71,3 Prozent im Jahr 2008 auf 72,4 Prozent in 2009.

**Ostdeutschland.** In den neuen Ländern mussten 2009 für eine Vollzeitkraft durchschnittlich 36.830 Euro gezahlt werden. Damit bleibt es beim ostdeutschen Kostenvorteil von rund einem Drittel gegenüber dem Westen. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Arbeitskosten um 0,8 Prozent.

Dass die Arbeitskosten im Osten nicht so stark zurückgegangen sind wie im Westen, erklärt sich vor allem dadurch, dass das Produzierende Gewerbe in den Ostländern weniger heftig unter der Krise gelitten hat. Die Personalzusatzkostenquote stieg in den neuen Bundesländern dennoch von 60,1 auf 61,1 Prozent.

\*) Vgl. Christoph Schröder: Die Struktur der Arbeitskosten in der deutschen Wirtschaft, in: IW-Trends 2/2010

Für Adressaufkleber